Editorial

Die **Staatstätigkeit** ist im ersten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts auch durch die „informationelle Revolution" verändert worden. Demokratiegewinne (E-Government, Open Data u.a.; siehe auch Heft 2-2011 von dms) überkreuzen sich mit Verlusten an individueller oder institutioneller Selbstbestimmung, wie viele Gesetzesvorhaben, Skandale oder „leaks" offenlegen. *Göttrik Wewer* untersucht das Verhältnis von Privatsphäre, Geheimnis und Öffentlichkeit im digitalen Zeitalter und zeichnet eine Ideologie der totalen Transparenz nach. Er wirft dabei die Frage auf, ob eine Auflösung dieses Spannungsverhältnisses, welches in der politischen Auseinandersetzung immer wieder neu ausbalanciert wird, zugunsten totaler Transparenz ein erstrebenswertes Gesellschaftsmodell sein kann, oder im Ergebnis zu einer weiteren Schwächung des demokratischen Staates führen würde.

Auch der von *Reimut Zohlnhöfer* als special editor organisierte **Schwerpunkt** beleuchtet ein Thema, das unmittelbar mit der Handlungsfähigkeit demokratischer Staaten zusammenhängt: ***Können Demokratien sparen?,*** ergänzt und erweitert den Forschungsstand zu dieser Frage, indem sie aus unterschiedlichen, teilweise neuen Blickwinkeln betrachtet wird. *Stefan Wurster* stellt in seinem Aufsatz die nahe liegende, aber wenig untersuchte Frage, ob denn – angesichts der theoretisch dargelegten spezifischen Probleme demokratischer Systeme mit der Haushaltskonsolidierung – Autokratien besser ihre Staatsfinanzen in Ordnung bringen können. *Nathalie Gigers* Beitrag wendet sich anschließend wieder den Demokratien zu und fragt danach, ob Kürzungen in dem Bereich, der wahlpolitisch besonders sensibel sein müsste, nämlich im Bereich sozialpolitischer Transfers, tatsächlich zu Wahlniederlagen der verantwortlichen Parteien geführt haben; somit fragt sie danach, ob der theoretische Mechanismus, der das Sparen in Demokratien schwierig machen sollte, tatsächlich wie erwartet greift. In den verbleibenden beiden Beiträgen des Schwerpunktes wird dann versucht, die Unterschiede in Verlauf und Erfolg der Haushaltskonsolidierung der entwickelten Demokratien genauer zu erklären. Dabei wählt *Georg Wenzelburger* eine quantitative Vorgehensweise, um die ökonomischen, politischen und institutionellen Determinanten unterschiedlichen Konsolidierungserfolgs in den OECD-Staaten zu erklären. *Reimut Zohlnhöfer* konzentriert sich in seiner vergleichenden Fallstudie dagegen auf einen zentralen Mechanismus, der die Durchsetzung von Sparpolitik erleichtert oder erschwert, nämlich die Konfiguration des Parteienwettbewerbs.

dms – der moderne staat – Zeitschrift für Public Policy, Recht und Management, 5. Jg., Heft 2/2012, S. 243-245

In den **Abhandlungen** finden sich zunächst vier Artikel aus dem Bereich des Public Management. *Kuno Schedler* untersucht die Entwicklung von multiplen Rationalitäten in öffentlichen Organisationen als Reaktion auf die steigende Komplexität der Umwelt. Innerhalb derselben Organisation bestehen gleichzeitig und auf Dauer unterschiedliche Handlungslogiken, die eine Kommunikation in der Organisation erschweren und latent Konflikte verursachen. Der Beitrag stellt dar, wie die Organisationstheorie die multiplen Rationalitäten erfasst, und zeigt, dass die multirationale Organisation als Tatsache aufgenommen wurde und sich mögliche Handlungsansätze für das Management ergeben, allerdings eine vertiefte Auseinandersetzung mit diesen Herausforderungen fehlt. Um eine institutionalistische Perspektive innerhalb einer bestimmten Organisation bemüht sich *Christine Weinbach* in ihrem Aufsatz über extra-vertragliche Zumutungen im New Public Contractualism. Sie untersucht die doppelte Logik der Eingliederungsvereinbarung und die Rechtsstellung des Klienten bzw. der Klientin im Sozialgesetzbuch II, wobei sie den Verwaltungsvertrag Eingliederungsvereinbarung als ein Regulationssystem im New Public Contracting begreift. Durch diese Perspektive wird deutlich, dass in der Interaktion zwischen Integrationsfachkraft und Klient bzw. Klientin Erwartungen aus zwei unterschiedlichen Verwaltungskontexten aufeinander treffen, die bei der gemeinsamen Auswahl einer Eingliederungsleistung zu Deckung gebracht werden müssen. Da sichergestellt sein muss, dass die administrative Zielsetzung nicht aus dem Blick gerät kann diese auch gegen deren Einwilligung an den Klienten bzw. die Klientin adressiert werden. Der Beitrag von *Patrick Velte* und *Markus Stiglbauer* wirft einen detaillierten Blick auf Rechnungslegung, die Autoren untersuchen diese im Spannungsfeld zwischen staatlicher Gesetzgebung und privatrechtlichem Standardsetting. Der Aufsatz behandelt den Stand und die Entwicklung der Risiko- und Prognoseberichterstattung im handelsrechtlichen Konzernlagebericht vor dem Hintergrund des durch die Finanzkrise gesunkenen Vertrauens der Öffentlichkeit in die Qualität prospektiver Unternehmensinformationen. *Silke Boenigk* widmet sich in ihrem Beitrag der Verwaltungspraxis und der Dienstleistungsqualität öffentlicher Verwaltungen in der Schweiz. Sie unternimmt eine empirische Evaluation unter Berücksichtigung des Common Assessment Framework Modells. Die Untersuchung nimmt eine integrative Forschungsperspektive ein, um Dienstleistungsqualität, Bürgerzufriedenheit, Vertrauen in die Verwaltung sowie eine positive unmittelbare Kommunikation von Bürgern vertiefend zu analysieren. Die Autorin zeigt welche Aspekte aus Bürgersicht eine gute Dienstleistungsqualität ausmachen und wie Verwaltungen dementsprechend das Ziel Dienstleistungsqualität kontinuierlich steigern können.

In weiteren Abhandlungen wählt *Veith Mehde* in seinem Beitrag eine juristische Perspektive auf Föderalismusleitbilder und zeigt rechtliche Perspektiven zwischen Empirie und Ideologie auf. Der Beitrag untersucht die Abfolge unterschiedlicher Föderalismusleitbilder im Deutschland der letzten Jahrzehnte aus juristischer Sicht. Die verschiedenen, die Föderalismusdiskussion prägenden Bilder werden im Lichte der Entwicklung des Grundgesetzes und der Verfassungsrechtsprechung beschrieben, wobei ein abschließend konsensfähiges Bild nicht zu erwarten ist. *Michael Böcher* beschäftigt sich in seinem Beitrag schließlich mit dem Thema der wissenschaftsbasierten Politikberatung auf Abruf anhand des Beispiels des Bundesumweltministeriums und dessen Beratung durch das Umweltbundesamt. Dabei wird deutlich, dass das von wissenschaftssoziologischen Untersuchungen zur Ressortforschung besonders herausgestellte „Spannungsverhältnis“ zwischen Wissenschaftssystem und Ansprüchen des politischen Systems für die betrachtete Ressortforschungseinrichtung UBA zwar immanent, jedoch nicht zwangsläufig problematisch ist.

In seinem hochaktuellen **Essay** wirft der Religionswissenschaftler *Peter Antes* einen Blick auf das Verhältnis von Islam, Staat und Demokratie und geht der seit Jahrzehnten diskutierten Frage nach, ob der Islam mit der Vorstellung vom modernen Staat und der Demokratie vereinbar ist oder nicht. Er erläutert dabei verschiedene, teils konträre Positionen und zeigt, auch in Bezug auf den „Arabischen Frühling" 2011, eine tiefe Kluft auf zwischen der theologischen Führung und den konkreten Erwartungen des Volkes. Diese Analyse legt auch nahe, sich bei dem anhaltenden Streit über „Integrationsprobleme" (siehe Heft 1-2011 von dms) nicht von wohlfeilen Vorurteilen und Abgrenzungen leiten zu lassen, sondern einen demokratiefördernden, rechtsstaatlichen Dialog über unterschiedliche Rechtsvorstellungen in kulturell gemischten Gesellschaften zu führen.

Mit diesem Heft schließen wir den 5. Jahrgang unserer Zeitschrift ab und freuen uns schon auf das nächste Jahr. Der von Tobias ten Brink und Andreas Nölke gestaltete **Schwerpunkt** wird um die Frage nach dem **(Wieder)Aufstieg des Staatskapitalismus** kreisen. Vor einiger Zeit hatte der *Economist* diese These in einem special report aufgeworfen. Während nämlich in den angelsächsischen Ländern um die Rolle des Staates nach 30 Jahren Staatsabneigung, ja -feindschaft, kontrovers gerungen wird, und in Kontinentaleuropa eine inkrementalistische Suchbewegung (mit möglichen hohen Kosten) zu beobachten ist (siehe auch Heft 2-2010 von dms), hat sich parallel in anderen Teilen der Welt ein besonderes Verhältnis zwischen Staat und Wirtschaft mit derzeit noch extensiver Regulierung herausgebildet, das zum Teil an frühere Zeiten erinnert, sich andererseits aber als eine besondere Variante von „Modernität" erweisen könnte. Die Autoren analysieren Einwicklungen des „nicht-liberalen" Kapitalismus in China, Indien, Brasilien und Argentinien sowie anderen der sogenannten Schwellenländer. Tobias ten Brink formuliert eine Forschungsfrage des Schwerpunkts so: „Der Aufstieg des chinesischen ‚Staatskapitalismus', sowie anderer staatlich durchdrungener Marktökonomien in Schwellenländern bringt nicht zuletzt die liberale Vorstellung, der zufolge ein schlanker Staat am besten zur ökonomischen Effizienssteigerung geeignet ist, in ernsthafte Erklärungsnöte.

Auf die Ergebnisse dürfen wir alle gespannt sein.

Hannover, im Oktober 2012 *Bernhard Blanke* und *Maren Kellermann*